

Brandgefährlich

Mehr Schiffe, mehr U-Boote, mehr Militär: Trumps Verteidigungsminister riskiert ein Wettrüsten im Indopazifik.

Seit seiner Rückkehr ins Amt als US-Präsident hat Donald Trump Verbündete und Partner in Europa mit Forderungen nach höheren Verteidigungsausgaben, mit Drohungen einer Reduzierung amerikanischer Sicherheitsgarantien sowie mit einem zunehmend transaktionalen und unilateralistischen Umgang mit langjährigen Beziehungen vor den Kopf gestoßen. Beim jüngsten Shangri-La-Dialog in Singapur machte Verteidigungsminister Pete Hegseth deutlich, dass dieselbe Strategie des Drucks nun auch auf Südostasien ausgeweitet wird. Seine schroff vorgetragene Forderung, asiatische Verbündete und Partner sollten 3,5 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung ausgeben, könnte die größte militärische Aufrüstung der Region seit Jahrzehnten auslösen. Statt die regionale Sicherheit zu stärken, droht er die Grundlagen von Frieden und Stabilität zu untergraben, die Südostasien in den vergangenen sechs Jahrzehnten mühsam aufgebaut hat.

Unter dem Dach des elf Mitgliedstaaten umfassenden Verbands Südostasiatischer Nationen (ASEAN) hat die Region südlich von China und östlich von Indien trotz großer politischer Vielfalt, historischer Rivalitäten und überlappender Territorialkonflikte eine außergewöhnliche Friedensbilanz vorzuweisen. Ob bewusst gestaltet oder faktisch gewachsen – ASEAN ist zum Anker von Sicherheit und Wohlstand im weiteren Indopazifik geworden. Keine andere Organisation vermag große und mittlere Mächte so wirksam an einen Tisch zu bringen, etwa über Formate wie den Ostasiengipfel, das *ASEAN Regional Forum* oder das Treffen der ASEAN-Verteidigungsminister.

Der ASEAN-Sicherheitsansatz setzt auf Diplomatie statt Abschreckung, auf Dialog

Trotz ihrer Schwächen und internen Spannungen bleibt ASEAN die regional am breitesten akzeptierte Plattform, weil sie als Puffer, Brücke und Vermittler zwischen größeren Mächten fungiert, die ohne eine solche Zwischeninstanz und

*statt Zwang und auf
Inklusivität statt
Ausgrenzung.*

Friedensstifterin womöglich direkt aufeinanderprallen würden. Die ASEAN-Zentralität – die Vorstellung, dass der Staatenbund im Zentrum der regionalen Ordnung stehen muss, weil die Alternativen deutlich schlechter wären – hat es dieser vielfältigen und dynamischen Region mit ihren 700 Millionen Einwohnern ermöglicht, nicht zum Schauplatz von Großmachtrivalitäten und Konflikten zu werden. Ihr Sicherheitsansatz setzt auf Diplomatie statt Abschreckung, auf Dialog statt Zwang und auf Inklusivität statt Ausgrenzung – im Sinne eines „offenen Regionalismus“.

In Singapur stellte Hegseth dieses Modell allerdings offen infrage. „Wir brauchen nicht mehr Konferenzen“, erklärte er. „Wir brauchen mehr Kampfkraft ... weniger Shangri-La, mehr Schiffe, mehr U-Boote.“ Für einen Verteidigungsminister, der den Beinamen „Kriegsminister“ angenommen hat, war die Botschaft unmissverständlich: Südostasiatische Regierungen sollen deutlich mehr für Verteidigung ausgeben und sich auf eine konfrontativere regionale Ordnung einstellen.

Ein solcher Kurswechsel hätte erhebliche Folgen. Die Verteidigungsausgaben in Südostasien liegen im Durchschnitt bei weniger als zwei Prozent des BIP. Um Hegseths Zielmarke von 3,5 Prozent zu erreichen, müssten Indonesien, Malaysia, die Philippinen und Thailand ihre derzeitigen Militärausgaben mehr als verdoppeln. Singapur und Vietnam stünden vor geringeren, aber dennoch beträchtlichen Steigerungen. Myanmar, das einzige ASEAN-Mitglied, das bereits über diesem Richtwert liegt, liefert ein warnendes Beispiel. Seit dem Militärputsch vom Februar 2021, der einen landesweiten Aufstand und einen bis heute andauernden Bürgerkrieg auslöste, wurden die militärischen Ressourcen des Landes vor allem gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt. Tausende Zivilisten kamen dabei ums Leben.

In einer Region, in der die Streitkräfte häufig überproportionalen politischen Einfluss ausgeübt haben, könnten höhere Verteidigungsetats die militärischen Institutionen zulasten ziviler Einrichtungen und demokratischer Entwicklung stärken. Ressourcen würden zwangsläufig von Bildung, Gesundheitsversorgung, Infrastruktur und sozialer Sicherung abgezogen – und das zu einem besonders schwierigen Zeitpunkt. Die exportorientierten Volkswirtschaften Südostasiens stehen aktuell bereits unter großem Druck durch Trumps Zollpolitik,

zunehmenden Protektionismus, durch nachlassendes globales Wachstum und die Instabilität im Nahen Osten, insbesondere durch den Energieschock infolge der Eskalation des Krieges gegen Iran.

Die daraus resultierenden wirtschaftlichen Belastungen könnten in der gesamten Region politische Turbulenzen auslösen. Geringeres Wachstum, zunehmende Ungleichheit und sinkende Sozialausgaben würden Regierungen anfälliger für Unruhen und politische Polarisierung machen. Auf regionaler Ebene könnte eine verstärkte militärische Aufrüstung den Zusammenhalt innerhalb von ASEAN schwächen und den sicherheitspolitischen Wettbewerb verschärfen. Statt die strategische Autonomie Südostasiens zu stärken, könnten solche Entwicklungen einzelne Staaten dazu drängen, sich stärker auf China oder die Vereinigten Staaten zu stützen. Damit würde die kollektive Handlungsfähigkeit von ASEAN und ihre zentrale Rolle bei der Förderung von Frieden und Sicherheit in der Region geschwächt.

All dies bedeutet nicht, dass Südostasien auf amerikanischen Sicherheitsgarantien „Trittbrett fahren“ sollte, wie Hegseth suggerierte. Die Regierungen der Region haben Verteidigungsbereitschaft seit jeher mit Diplomatie kombiniert. Ihr Umgang mit China verbindet Absicherung und Einbindung über Institutionen wie das Freihandelsabkommen RCEP (*Regional Comprehensive Economic Partnership*), den Ostasiengipfel und das Treffen der ASEAN-Verteidigungsminister, an denen sowohl China als auch die Vereinigten Staaten beteiligt sind. Sicherheit in Südostasien beruhte nie allein auf militärischer Stärke, sondern ebenso auf wirtschaftlicher Kooperation und Vernetzung, auf institutioneller Zusammenarbeit, enger behördlicher Vernetzung und auf diplomatischem Engagement.

Statt ein Bollwerk gegenüber China zu errichten, droht die Strategie ein regionales Wettrüsten anzufachen und Spannungen innerhalb der Region zu verschärfen.

Zweifelloso hat eine gewisse Asymmetrie bei der Lastenteilung historisch den Interessen Washingtons gedient. Indem die Vereinigten Staaten die regionale Stabilität absicherten, trugen sie zum Erhalt einer regelbasierten internationalen Ordnung bei, aus der sie erhebliche strategische und wirtschaftliche Vorteile zogen. Großmächte tolerieren regelmäßig ein gewisses Maß an Trittbrettfahrerverhalten, weil kleinere Staaten im Gegenzug Legitimität, Kooperation, Regelbefolgung und politische Unterstützung liefern. Genau dieser Aspekt fehlt in Hegseths Sichtweise besonders auffällig.

Hinzu kommt, dass die Zahlen des US-Verteidigungsministers nicht aufgehen. Wenn Verbündete und Partner einen größeren Teil der Sicherheitslast übernehmen sollen, wäre eigentlich eine entsprechende Reduzierung der amerikanischen Militärausgaben zu erwarten. Stattdessen strebt das Pentagon an, seinen eigenen Haushalt von rund einer Billion US-Dollar auf 1,5 Billionen US-Dollar zu erhöhen. Damit lägen die Verteidigungsausgaben der USA höher als die Militäretats der neun nächstgrößeren Streitkräfte zusammen und würden zugleich die Staatsschulden weiter erhöhen, über die sich die Trump-Regierung beklagt.

Dieser Widerspruch wirft auch Fragen nach dem Charakter und der Wahrnehmung von Bedrohungen und Gegnern auf. Wenn südostasiatische Staaten deutlich mehr für Verteidigung ausgeben sollen, während die USA gleichzeitig ihre eigene beispiellose Aufrüstung vorantreiben – wohin führt diese Entwicklung? Das wirkt umso widersprüchlicher, als Washington und Peking zugleich Kommunikationskanäle offenhalten und Mechanismen zur Vermeidung einer direkten militärischen Konfrontation stärken. Hegseth präsentiert höhere Verteidigungsausgaben als Beitrag zur regionalen Sicherheit. Doch in einer Region, deren Stabilität stärker auf Verteidigungsdiplomatie, wirtschaftlicher Interdependenz und institutioneller Zusammenarbeit als auf militärischer Abschreckung beruht, könnte diese Strategie genau das Gegenteil bewirken. Statt ein Bollwerk gegenüber China zu errichten, droht sie ein regionales Wettrüsten anzufachen, Spannungen innerhalb der Region zu verschärfen, die ASEAN-Zentralität auszuhöhlen und neue Konfliktlinien im gesamten Indopazifik entstehen zu lassen. Hegseths Vorschlag ist deshalb brandgefährlich.

© Project Syndicate



Thitinan Pongsudhirak
Bangkok

Dr. Thitinan Pongsudhirak ist Direktor des Instituts für Sicherheits- und

Internationale Studien und außerordentlicher Professor für Internationale Politische Ökonomie an der Chulalongkorn-Universität. Er schreibt Artikel und Bücher über Thailands Politik, Ökonomie, Außenpolitik, Medien, über die ASEAN, ostasiatische Sicherheit und wirtschaftliche Kooperation.